
Parteien und Parteiensystem in den neuen Bundesländern

Eckhard Jesse

1. Das Konzept der Volkspartei

In der Bundesrepublik zählen die Christlich Demokratische Union (CDU) und die Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD) zu den Volksparteien. Sie verlieren nahezu kontinuierlich an Stimmen. Bei der Bundestagswahl 2005 konnten sie bei einer Wahlbeteiligung von unter 80 Prozent zusammen keine 70 Prozent auf sich vereinigen. Damit wurde – wie bei der ersten Bundestagswahl – eine arithmetische Mehrheit zwischen einer Volkspartei und einer kleineren Partei unmöglich, eine Große Koalition also notwendig.

Nach 1945 kam allmählich der Typus der Volkspartei zur Geltung, bei der Union zuerst, bei der SPD später. Er dürfte durch drei Charakteristika bestimmt sein: erstens durch eine beträchtliche Wählerschaft; zweitens durch eine Programmatik, die aufgrund des Elektorats, das sich aus unterschiedlichen sozialen Schichten zusammensetzt, breit gefächert ist; drittens durch die Akzeptanz demokratischer Prinzipien.

Die SPD war zu Beginn der ersten deutschen Demokratie zwar von fast vierzig Prozent der Bevölkerung demokratisch gewählt, aber die Programmatik zielte auf die Arbeiterschaft, den Wählerstamm der Partei. Die NSDAP umfasste Anfang der dreißiger Jahre eine große Wählerschaft, die sich aus den verschiedensten sozialen Schichten

zusammensetzte, doch sie lehnte die demokratischen Prinzipien dezidiert ab. Insofern war sie nicht die erste deutsche Volkspartei, wie es zuweilen heißt. Die demokratische Zentrumsparterie vereinigte in der Weimarer Republik unter ihren vornehmlich katholischen Wählern Repräsentanten der Unter-, der Mittel- und der Oberschicht gleichermaßen; allerdings erzielte sie niemals mehr als 20 Prozent der Stimmen, in der Regel nicht mehr als 15 Prozent. Die heutigen großen Parteien sind demokratisch orientiert und zeichnen sich durch eine breite Programmatik aus. Freilich verlieren sie, wie erwähnt, zunehmend an Stimmen. Union und SPD werden, meinen Kritiker, immer weniger unterscheidbar. Das ist u. a. eine Folge der Erosion des konfessionellen und sozialen Milieus, die seit Jahrzehnten voranschreitet.

Gerade in den neuen Bundesländern haben es (nicht nur) die beiden Volksparteien schwer, Fuß zu fassen. Der folgende Beitrag geht sowohl auf die Parteien als auch auf das Partiensystem in den neuen Bundesländern ein. Er fragt nach den dortigen Spezifika, nicht nur mit Blick auf die Rolle der Volksparteien.

2. Parteien in den neuen Bundesländern

Ungeachtet vieler Parallelen gibt es im Hinblick auf die Parteien einige Spezifika in den neuen Bundesländern. Die Vorprägungen der Wähler sind in den neuen Bundesländern weitaus geringer als in den alten, wo sie jedoch abnehmen. Wer allerdings die „Flatterhaftigkeit der ostdeutschen Wähler“¹ betont, überschätzt situative Faktoren. Die stärkere Ausrichtung der Wähler auf Parteien, die Gleichheit in den Vordergrund rücken, ist ebenso sozialisationsbedingt.

In den neuen Bundesländern ist die Parteidisziplin insgesamt geringer ausgeprägt als in den alten. Das hat Vor-

und Nachteile gleichermaßen. Die deutlichere Orientierung an konsensualen Prozeduren und das stärkere Hintertreten der Lagermentalität ist maßgeblich eine Reaktion auf die als drückend empfundenen Probleme. Rhetorik spielt eine bescheidenere Rolle als im Westen. Unter der geringeren Akzeptanz konkurrenzdemokratischer Mechanismen kann vielleicht auch die Gewöhnung an Spielregeln des parlamentarischen Systems zu kurz kommen. Alte Antiparteienaffekte und neue Fundamentalismen gehen dabei Verbindungen ein.

Die Zahl der Mitglieder in den Parteien liegt prozentual im Durchschnitt weit unter der in der Bundesrepublik – ein markanter Ausdruck von Parteiverdrossenheit und ein sinnfälliges Zeichen für defizitäre Organisationsstrukturen. Die LINKE hatte als stärkste Partei Ende 2007 41.835 Mitglieder (bundesweit: 71.711), die CDU 36.776 (bundesweit: 536.668). Die SPD wollte laut Aussage ihres damaligen Bundesgeschäftsführers Karlheinz Blessing ihre Mitgliederzahl vervierfachen², doch stagniert diese faktisch seit 1990 auf einem niedrigen Niveau, sinkt sogar leicht (22.416; bundesweit: 539.861). Die Liberalen besitzen 8.836 (bundesweit: 64.078), die Grünen 2.921 Mitglieder (bundesweit: 44.320).³ Die Gründe für diese Schwäche der Parteien in den neuen Bundesländern sind vielfältig. Angesichts der vielfach wenig rosigen Perspektiven für viele Bürger ist die Motivation nicht sonderlich groß, sich bei eigener ungesicherter Lebenssituation in den Parteien zu engagieren. Viele sehen sich als gebranntes Kind und scheuen – wie nach 1945 – das Feuer. Offenkundig sehen viele Bürger nicht zureichende Gestaltungsmöglichkeiten innerhalb der Parteien. Viele Mandate in Kommunalparlamenten können angesichts der geringen Mitglieder, von denen noch ein Teil als „Karteileichen“ für die politische Mitarbeit ausfällt, gar nicht angenommen werden. Damit ergeben sich „massive Repräsentationsdefizite“.⁴ Die geringe

Organisationsdichte hat auch Vorteile: Die Parteien machen aus der Not eine Tugend und akzeptieren zunehmend die Kandidatur von Parteilosen. So kann weder das Gerede von der „Parteibuchwirtschaft“ berechnete Relevanz gewinnen noch die Vorstellung von einem Allzuständigkeitsdenken der Parteien heimisch werden, wie das in den alten Bundesländern verbreitet ist.

Bei allem Bestreben um konsensuale Politik gibt es in den Parteien der neuen Bundesländer zahlreiche spezifische innerparteiliche Konflikte. So sind die Frontstellungen aus einer Reihe von Gründen innerhalb der Parteien im Durchschnitt stärker als in den alten Bundesländern: Die Links-Rechts-Dimension ist in fast allen Parteien breiter aufgefächert, weil es 1989/90 für manche teilweise Zufall war, in welche politische Gruppierung sie gerieten. Die Konflikte zwischen den „alten“ und den „neuen“ Kräften mögen zwar in gewisser Weise unvermeidlich sein, binden aber doch zahlreiche innerparteiliche Energien. Auch Ost-West-Auseinandersetzungen spielen eine Rolle, hält man sich vor Augen, dass Westpolitiker Ostpolitiker verdrängt haben. Der nahezu unnachahmliche Erfolg Manfred Stolpes in Brandenburg ungeachtet seiner offenkundigen Kompromittierung ließ sich wesentlich damit erklären, dass er es verstanden hat, die Kritik an ihm als westliche Einmischung darzustellen.

Erscheinen die intraparteilichen Konflikte in den neuen Bundesländern größer, verhält es sich mit den interparteilichen gerade umgekehrt. So ist die Ost-CDU ebenso wie die Ost-FDP insgesamt durch eine stärker sozialstaatliche Ausrichtung geprägt.⁵ Hingegen erweist sich die Ost-SPD im Vergleich zum Westen zum Teil eher als pragmatisch. Ost-CDU und Ost-SPD sind im Schnitt weniger weit voneinander entfernt als ihre Westparteien. Freilich ebnen sich die Unterschiede zunehmend ein. Ein anderer „Politikstil“ hat sich im Osten nicht herausgebildet. Die Kluft zwischen

Ost und West zeigt sich im Übrigen mehr in der Programmatik, weniger in der Praxis.

In den neuen Bundesländern, mehr als in den alten, mehren sich die Symptome für ein Anwachsen der Parteienverdrossenheit (sinkende Wahlbeteiligung, Verluste für die Volksparteien, Anwachsen radikaler Kräfte, Gewinne für kleinere Gruppen außerhalb des etablierten Politikbetriebes). Auch der Rückgang der ohnehin geringen Zahl der Parteimitglieder muss beunruhigen. Vor allem schlägt die Unzufriedenheit mit der größten Regierungspartei oft nicht positiv bei der größten demokratischen Oppositionspartei des Landes zu Buche. Vereinfacht ausgedrückt: Es profitiert nicht mehr die „Opposition im System“, sondern die „Opposition zum System“. Um einige Sachverhalte zu konkretisieren: In Sachsen-Anhalt lag die Wahlbeteiligung bei der Landtagswahl im Jahre 2006 bei 44,4 Prozent; in Sachsen verfügen PDS und NPD seit 2004 über mehr als ein Drittel der Mandate; in Sachsen (50,9 Prozent) und Brandenburg (51,3 Prozent) kamen die beiden Volksparteien CDU und SPD bei den Landtagswahlen 2004 zusammen gerade einmal auf eine knappe absolute Mehrheit.

3. Spezifika des Parteiensystems in den neuen Bundesländern

Binnen kurzem wurde das faktische Einparteiensystem der DDR auf den Kopf gestellt. Der „Sozialismus in den Farben der DDR“ war unter den Bedingungen eines Konkurrenzmechanismus ohne Ausstrahlungskraft. Die oppositionellen Strömungen bevorzugten zunächst eine Art „dritten Weg“⁶, die „Blockparteien“ begannen sich von der „Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands“ zu lösen⁷, und diese transformierte zur „Partei des Demokratischen Sozialismus“ (von Dezember 1989 bis Februar 1990: SED/

PDS). Dem „Sog des westdeutschen Parteiensystems“⁸ konnte sich keine Kraft entziehen, so dass schnell von einem Transfer des westdeutschen Parteiensystems auf Ostdeutschland gesprochen wurde.⁹ Durch die Entscheidung der SPD in der DDR, sich aus dem Oppositionsbündnis zu lösen und bei Wahlen als eigenständige Kraft aufzutreten, ist die Einheitlichkeit des deutschen Parteiensystems vorangetrieben worden. Forciert wurde dieser Umstand durch die Aktivität der westlichen Sozialdemokraten auf dem Territorium der DDR. „Sie eröffneten den Einmarsch des westdeutschen Parteiensystems in die darauf noch ganz unvorbereitete DDR.“¹⁰

Gleichwohl: Das Parteiensystem in den neuen Bundesländern unterscheidet sich z. T. deutlich von dem in den alten Bundesländern. Den beiden Hauptparteien CDU und SPD steht eine weitere größere Partei gegenüber: die PDS. Die Wählerklientel für die Liberalen und das Bündnis 90/Die Grünen ist in den neuen Bundesländern, ungeachtet gewisser Wandlungen, deutlich unterrepräsentiert: der (neue oder alte) Mittelstand ebenso wie eine postmaterialistisch beeinflusste und eine für Umweltschäden sensibilisierte Schicht. Die „doppelte Vereinigung“ (Jürgen Hoffmann) der Jahre 1990 und 1993 stärkte die ostdeutschen Grünen nicht.

Im Jahre 1990 waren sich alle politischen Kräfte darin einig, das eine Koalition mit der PDS in den neuen Bundesländern nicht in Frage kommt. Umso überraschender war der Einschnitt nach der Landtagswahl in Sachsen-Anhalt im Jahre 1994 wenige Monate vor der Bundestagswahl, als sich die SPD und die Grünen von der PDS tolerieren ließen („Magdeburger Modell“). Nach der Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern 1998 kam die erste Koalition mit der PDS auf Landesebene zustande („Schweriner Modell“). Sie bestand bis 2006. Seit dem Jahre 2002 gibt es in Berlin eine rot-rote Koalition.

Man muss der PDS bzw. der LINKEN keineswegs absprechen, dass sie „Integrationsleistungen für das politische System der Bundesrepublik erbringt. Sie dient als Ansprechpartner für das antiwestliche Potential im Osten, sie repräsentiert die vernachlässigten Ziele und Werte im Parteiensystem und signalisiert Art und Ausmaß der Unzufriedenheit.“¹¹ Das mag so mehr oder weniger stimmen, aber ist all das ein triftiger Grund, die PDS bzw. die LINKE in eine Koalition einzubeziehen? Denn neben Integrationsleistungen weist diese Partei auch massive desintegrierende Funktionen auf, profitiert sie doch maßgeblich von dem Ost-West-Gegensatz, schürt ihn sogar. Zwanzig Jahre nach der deutschen Herbstrevolution sollte nicht in Vergessenheit geraten, dass ein beträchtlicher Teil der heutigen Probleme Ursachen hat, die weit in die Vergangenheit reichen. Davon will die LINKE aber nichts wissen.

Wie der Blick auf die Wahlergebnisse in den einzelnen Bundesländern erhellt, ist die PDS bzw. die LINKE mittlerweile in vier von fünf Bundesländern die zweitstärkste Partei – in Thüringen fast, in Sachsen mehr als doppelt so stark wie die SPD (und zwar schon seit 1999). In Mecklenburg-Vorpommern wäre sie es ohne die Regierungsbeteiligung zwischen 1998 und 2006 auch längst gewesen. In allen neuen Ländern ohne Regierungserfahrung mit der PDS weisen die Resultate von Wahl zu Wahl nach oben, nicht dagegen in Berlin und Mecklenburg-Vorpommern.

Die Gründe für den Erfolg der PDS bei den Landtagswahlen waren und sind vielfältiger Natur: Bei einem Systemwechsel von einer Diktatur zu einem demokratischen Verfassungsstaat fühlt sich immer eine Reihe von Personen dem früheren System verbunden – sei es aus politischer Überzeugung, sei es wegen des Verlustes der Privilegien. Für diese Klientel war der Kommunismus an sich gut, nur in der Praxis „deformiert“. Die eigene wirtschaftliche Lage spielt dabei weniger eine Rolle. Aber es gab auch die nicht

homogene Gruppe derjenigen, die aus Enttäuschung über den Verlauf der Wiedervereinigung für die PDS votiert hat. Die einen konnten aufgrund der gewaltigen Umstrukturierung wirtschaftlich nicht Fuß fassen und führten dies auf das „Plattmachen“ des Westens zurück, die anderen empfanden sich als Menschen zweiter Klasse und sahen ihr Leben als entwertet an. Die PDS profitierte damit von einem durch die SED verursachten Umstand. Wegen des Bankrotts musste die Notwendigkeit der Erneuerung so tief sein. Die Volksparteien haben es allerdings nicht hinreichend verstanden, den Bürgern plausibel zu machen, dass weniger sie für das als unzureichend empfundene Tempo des Aufschwungs verantwortlich sind. Zudem hatte westliche Arroganz das Selbstwertgefühl Ostdeutscher verletzt. Und manche Fehler waren in dem abrupten Einigungsprozess wohl unvermeidlich. Die Unzufriedenheit kam und kommt den Postkommunisten zugute, aber nicht nur ihnen.

In Sachsen (seit 2004) und Mecklenburg-Vorpommern (seit 2006) ist mit der NPD eine aggressiv-demagogische Rechtsaußenpartei im Parlament vertreten. Durch deren Existenz wird die LINKE nicht geschwächt, sondern aufgewertet.¹² Das bessere Abschneiden der NPD im Osten des Landes (bei der Bundestagswahl 2005 in den neuen Bundesländern 3,6 Prozent, in den alten 1,1 Prozent) geht nicht nur auf situative Faktoren zurück, sondern hat Wurzeln auch in der Geschichte der wenig weltoffenen DDR.¹³ Die Schwäche politischer Vorfeldorganisationen begünstigt maßgeblich die partiellen Erfolge des Rechtsextremismus in den neuen Bundesländern (ebenso ein höheres Maß an Fremdenfeindlichkeit).

Wie empirische Untersuchungen zeigen, waren die – überdurchschnittlich besser (aus-)gebildeten – PDS-Wähler wirtschaftlich keineswegs schlechter gestellt als die Wählerschaft insgesamt. Viele von ihnen gehörten in der DDR zu den Privilegierten, hatten danach ihr gesellschaftliches

Ansehen eingebüßt. Sie haben sich materiell objektiv verbessert, subjektiv aber verschlechtert. Obwohl die Wähler der Partei keine hohe Problemlösungskompetenz zugeschrieben (mit Ausnahme beim Thema der „sozialen Gerechtigkeit“), fand und findet sie Anklang.

Durch die verbreitete Kritik an der „Hartz-IV“-Gesetzgebung hat sich die Wählerschaft der PDS bzw. der LINKEN erweitert, auch im Westen. Damit ist ein sozialstruktureller Wandel einhergegangen. Die Zahl der Wähler mit eher niedriger Bildung, Arbeiter und Arbeitslose, ist gestiegen. Hatte die PDS zuvor kaum „Modernisierungsverlierer“ gewinnen können, so liegt deren Quote bei ihr nun überproportional hoch. Die ideologische Selbsteinstufung dieser Wählerschaft weicht jedoch nicht von jener der früheren Wählerschaft mit Blick auf das linke Selbstverständnis und das höhere Ausmaß an Demokratieunzufriedenheit ab. „Wie schon die PDS-Wähler in der Vergangenheit, so zeichnen sich auch die Linkspartei.PDS-Wähler von 2005 durch eine dezidiert ‚linke‘ ideologische Selbsteinschätzung, eine Verortung am sozialstaatlichen Pol der sozio-ökonomischen Konfliktlinie und eine vergleichsweise geringe Systemakzeptanz aus.“ Oskar Niedermayer schlussfolgert aus seiner Erhebung mittelfristig eine stabile Stärke der LINKEN: „Um sowohl ihre traditionellen als auch die neu hinzugekommenen Wählerschichten bei künftigen Wahlen für die Partei zu mobilisieren, muss die Linkspartei.PDS somit keinen Spagat mit unterschiedlicher politischer Ansprache der beiden Wählersegmente vollbringen.“¹⁴ Die Verbesserung der ökonomischen Lage führt bei stark links eingestellten Personen zwangsläufig nicht zu einer Verbesserung der Perzeption.

Die Geschichte der PDS ist in den neuen Bundesländern die Geschichte ihrer Aufwertung gewesen. Die starken Stimmengewinne förderten Koalitionen unter Einschluss der PDS. Die machtbewusste Partei erwies sich insgesamt

als bequemer Partner. Unter extremismustheoretischen Gesichtspunkten ist die Bildung einer engen Zusammenarbeit mit der LINKEN kritikwürdig. Der antiextremistische Konsens wird geschleift. Unter funktionalen Aspekten fällt das Urteil anders aus: Die PDS verlor danach stets Stimmen – und zwar deutlich. Die Geschichte der LINKEN ist eine Erfolgsgeschichte – aber eben nicht nur.

4. Abschließende Bemerkungen

Das Konzept der Volkspartei darf ungeachtet mancher Krisenerscheinungen nicht über Bord geworfen werden. Schließlich verdankt das „Modell Deutschland“ seinen Erfolg u. a. den Volksparteien, die der Ideologisierung entsagt und den Pragmatismus gefördert haben. Vielleicht verlieren die großen Parteien gerade dadurch Wähler, dass die Union zu wenig „schwarz“ und die SPD zu wenig „rot“ ist. Im Osten des Landes sind die Flügelparteien bekanntermaßen stärker. Jetzt scheinen ihnen die Wähler in der Großen Koalition auch deshalb wegzulaufen (im Osten mehr als im Westen), weil die kleineren Parteien konkretere Programmpunkte verfechten. Eine diffuse Politik der Mitte überzeugt viele Bürger nicht mehr.

Die Volksparteien werden sich künftig vermutlich immer weniger auf spezifische Milieus stützen können. Die den großen Parteien einst zugeschriebene Problemlösungskompetenz durch die Wähler lässt nach. Sie haben, zumal im Osten des Landes, zu beweisen, dass ihre Gestaltungskraft nicht erlahmt ist. Beherzigen die Volksparteien ihre Lektion und wollen sie das Vertrauen zurückgewinnen, ist Glaubwürdigkeit gefordert, kein Gesundheitswettbewerb. So dürfen sie ihre Wählerverluste nicht schönreden.

Das Parteiensystem in der Bundesrepublik verändert sich durch die deutsche Einheit. Knapp zwanzig Jahre

nach der friedlichen Revolution, die schnell in die deutsche Einheit mündete, und kurz vor der sechsten gesamtdeutschen Bundestagswahl ist dieser Sachverhalt offenkundig. Eine Reihe von Indizien springt ins Auge: die Zunahme der Volatilität und der Polarisierung etwa, um nur zwei Parteienseigenschaften zu benennen, oder auch der Rückgang der Volksparteien. Der entscheidende Faktor ist die Rolle der aus der SED hervorgegangenen Linkspartei.PDS, die sich im Jahre 2007 mit der WASG zur LINKEN vereinigt hat.¹⁵ Die Bundestagswahlen 2002 und 2005 wurden im Osten entschieden. Im Westen hätte es jeweils für eine schwarz-gelbe Koalition gereicht.¹⁶

In der Tat steht der Osten für eine weitaus geringere Parteiidentifikation und ein höheres Maß an Wechselbereitschaft. Aber der Westen dürfte dem Osten bald folgen. Und mit der Abschwächung der Ostidentität bei der LINKEN könnte der Osten dem Westen folgen. Die Wählerschaft in Deutschland ist flexibler geworden. Die Auffächerung des Parteiensystems ist eine Folge davon. Die großen Parteien verlieren – zumal unter den Bedingungen einer Großen Koalition im Bund – bei sinkender Wahlbeteiligung an Stimmen, die kleinen legen zu. Wir bekommen – nach einem Dreiparteiensystem in den sechziger und siebziger Jahren, nach einem Vierparteiensystem in den achtziger Jahren – ein „fluides Fünfparteiensystem“¹⁷ wenn nicht gar ein stabiles. Das ist offenkundig keine bloße Momentaufnahme, selbst wenn die LINKE im Westen weniger als Milieupartei mit einem festen Wählerstamm agiert. Die Last der leidvollen Vergangenheit dürfte dem Aufkommen einer Rechtsaußenpartei, anders als in den meisten westeuropäischen Ländern, auf absehbare Zeit im Wege stehen, auch wenn im Osten gewisse Erfolge zu verzeichnen sind.

Es hat nichts mit einer „Beschimpfung“ der PDS-Wählerschaft zu tun – und schon gar nichts mit einer Kritik an „Ostdeutschen“ und deren Lebensleistung vor und nach

1989, wie DIE LINKE zu suggerieren sucht – wenn die LINKE die auf sie gemünzte Kritik als Ausdruck von westlicher Herablassung apostrophiert. Umgekehrt wird ein Schuh daraus: Die Partei konterkariert die Leistung Ostdeutscher – die erfolgreiche Revolution vor 20 Jahren und die seitherige Aufbauleistung unter manchmal schwierigen Umständen.

Anmerkungen

¹ So Wolfgang Gibowski, zitiert nach *Dreher, Walter*: Wer dreht an Volkes Meinung, in: Focus, Nr. 2/1994, S. 43.

² Vgl. *Tiemann, Heinrich*: Die SPD in den neuen Bundesländern – Organisation und Mitglieder, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen 24 (1993), S. 421.

³ Die Zahlen sind entnommen dem Beitrag von *Niedermayer, Oskar*: Parteimitgliedschaften im Jahre 2007, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen 39 (2008), S. 379–386. Die Daten für die neuen Bundesländer berücksichtigen nicht Ost-Berlin.

⁴ *Leif, Thomas*: West-Enklaven der Parteien in Ostdeutschland. Ausgetrocknete Wüsten und blühende Landschaften, in: Vorgänge 33 (1994), Heft 1, S. 13.

⁵ Vgl. etwa *Volkens, Andrea / Klingemann, Hans-Dieter*: Die Entwicklung der deutschen Parteien im Prozess der Vereinigung, in: Jesse, Eckhard / Mitter, Arnim (Hrsg.): Die Gestaltung der deutschen Einheit. Geschichte-Politik-Gesellschaft, Bonn 1992, S. 189–214. Spätere Untersuchungen der Autoren bestätigen diesen Sachverhalt.

⁶ Vgl. u. a. *Rochtus, Dirk*: Zwischen Realität und Utopie. Das Konzept des „dritten Weges“ in der DDR 1989/90, Leipzig 1999.

⁷ Vgl. an einem Beispiel: *Schmidt, Ute*: Von der Blockpartei zur Volkspartei? Die Ost-CDU im Umbruch 1989–1994, Opladen 1997.

⁸ So *Grönebaum, Stefan*: Wird der Osten rot? Das ostdeutsche Parteiensystem in der Vereinigungskrise und vor den Wahlen 1998, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen 28 (1997), S. 409.

⁹ Vgl. u. a. *Niedermayer, Oskar / Stöss, Richard* (Hrsg.): Parteien und Wähler im Umbruch. Parteiensystem und Wählerverhalten in der ehemaligen DDR und den neuen Bundesländern, Opladen 1994.

¹⁰ So *Lehmbruch, Gerhard*: Die improvisierte Vereinigung. Die

Dritte deutsche Republik. Unentwegter Versuch, einem japanischen Publikum die Geheimnisse der deutschen Transformation zu erklären, in: *Leviathan* 18 (1990), S. 469.

¹¹ *Neugebauer, Gero / Stöss, Richard*: Die PDS. Geschichte, Organisation, Wähler, Konkurrenten, Opladen 1996, S. 286.

¹² Dabei ist ihr Demokratieverständnis nicht antiextremistisch, sondern antifaschistisch geprägt. Vgl. *Peters, Tim*: Der Antifaschismus der PDS aus antiextremistischer Sicht, Wiesbaden 2006.

¹³ Vgl. *Backes, Uwe / Steglich, Henrik (Hrsg.)*: Die NPD. Erfolgsbedingungen einer rechtsextremistischen Partei, Baden-Baden 2007.

¹⁴ So *Niedermayer, Oskar*: Die Wählerschaft der Linkspartei.PDS 2005: Sozialstruktureller Wandel bei gleich bleibender politischer Positionierung, in: *Zeitschrift für Parlamentsfragen* 37 (2006), S. 537 f.

¹⁵ Vgl. aus unterschiedlicher Sicht *Spier, Tim / Butzlaff, Felix / Micus, Mathias / Walter, Franz (Hrsg.)*: Die Linkspartei. Zeitgemäße Idee oder Bündnis ohne Zukunft?, Wiesbaden 2007. *Jesse, Eckhard / Lange, Jürgen P.*: Die LINKE. Der smarte Extremismus einer deutschen Partei, München 2008. *Knabe, Hubertus*: Honeckers Erben. Die Wahrheit über Die Linke, Berlin 2009.

¹⁶ Vgl. *Jesse, Eckhard*: Parteiensystem im Wandel? Das deutsche Parteiensystem vor und nach der Bundestagswahl 2005, in: Ders. / Sturm, Roland (Hrsg.): Bilanz der Bundestagswahl 2005. Voraussetzungen, Ergebnisse, Folgen, Wiesbaden 2006, S. 21–41.

¹⁷ So *Niedermayer, Oskar*: Das fluide Parteiensystem nach der Bundestagswahl 2005, in: Ders. (Hrsg.): Die Parteien nach der Bundestagswahl 2005, Wiesbaden 2008, S. 9–35.